

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialexpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via Newyork.

Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Parteigenossen.

Es haben in letzter Zeit wieder einige Parteigenossen eine mehrmonatliche Haft antreten müssen, welche ihnen im Dienst für unsere Sache zuerkannt worden ist. Unsere Inhaftirten sind sämtlich mittellos und zum Theil verheirathet. Unser dringender Appell an die Parteigenossen wird daher hoffentlich nicht unberücksichtigt bleiben, wenn wir ihnen mittheilen, daß der „Fond für politisch Gemafregelte“ baldiger und reichlicher Zuflüsse bedarf, wenn wir unsern Verpflichtungen gegen die Gemafregelten einigermaßen nachkommen sollen.

Leipzig. Der provisorische Ausschuß.

Politische Uebersicht.

Die insamen Lügen und Verläumdungen, welche der Fälscher, Ehebrecher und Erbschleicher Jules Favre, sammt seinen Versailler Mitstreichen, gegen die Kommune im Umlauf gesetzt hat, sind jetzt mit dem juristischen Stempel versehen worden, der noch nie einer Niederträchtigkeit fehlte. Ein Telegramm aus Paris d. d. 7. August besagt:

Die Anklageakte gegen die verhafteten Insurgenten und Anhänger der Kommune ist jetzt erschienen. Dieselbe giebt zunächst einen historischen(!) Ueberblick über die Agitation der Internationalen, welche die Insurrektion vorbereiteten. Sodann bespricht sie den Aufstand vom 18. März und die Verbrechen, welche während desselben (von den Versaillern?) verübt wurden. Hierauf folgt die eigentliche Anklageschrift. Assy wird durch dieselbe der Aufreizung zum Bürgerkriege(!) beschuldigt, sowie der Usurpation der civilen und militärischen Gewalt(!). Derselbe wird ferner angeklagt, Regierungsakte vorgenommen(!) und Dekrete zur Ausführung gebracht zu haben, welche zur Verwüstung von öffentlichen und privatem Eigenthum, sowie zur Plünderung, Brandlegung und Mord führten(!). Sämtliche Angeklagte sind ferner beschuldigt, ein Komplott angestiftet zu haben, welches dahin zweckte, einen Umsturz der bestehenden Regierungsform herbeizuführen(!), ferner der Aufreizung zum Bürgerkriege(!) und der Usurpation der bürgerlichen und militärischen Gewalt(!). Insbesondere angeklagt wird jener Courbet der Mitschuld an der Zerstörung der Vendôme-Säule(!); gegen Lullier wird die Anklage erhoben, Verwüstung, Mord und Plünderung in Paris veranlaßt(!), Mannschaften ausgehoben und den Oberbefehl über aufständische Truppen übernommen zu haben(!); außerdem hebt die Anklage gegen denselben hervor, daß er sich Staatseigenthum gewaltsam angeeignet(!) und die Regierungstruppen aufgefordert habe, zu den Insurgenten überzugehen(!). Die Anklage gegen Paschal Groussset lautet auf aktive Theilnahme an der Insurrektion(!), auf öffentliche Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Geseze(!) sowie auf schwere Beleidigungen gegen die Nationalversammlung(!). Berdure, Billioray und Ferré sind angeklagt wegen willkürlicher Beschlagnahme(!) und eigenmächtiger Zerstörung von Privathäusern und öffentlichen Monumenten(!), ferner der Kirchenplünderung(!) und des Mordes(!) wobei darauf hingewiesen(!) wird, daß sie für die Erschießung der gefangenen Weiseln gestimmt hätten(!). Der ehemalige Finanzminister der Kommune, Jourde, wird überdies verantwortlich gemacht für die Führung der Finanzen, welche die Erbrechung von Siegeln an den Staatskassen sowie die Verschleuderung der öffentlichen Gelder im Gefolge gehabt habe(!). Ferrat wird angeklagt, als Chef eines Bataillons die Waffen gegen Frankreich getragen zu haben(!). Gegen sämtliche Mitglieder der Kommune liegt endlich noch die Klage wegen Brandstiftung vor. Die übrigen Anklageschriften sind noch nicht veröffentlicht.

Wir werden auf dieses, die Wahrheit in schamloser Weise auf den Kopf stellende Aktenstück zurückkommen, sobald es uns vollständig vorliegt. Mittlerweile hat der Prozeß der Mörder gegen die ihnen entronnenen Schlachtopfer vor dem Kriegsgesicht begonnen, nachdem ein Protest der „Angeklagten“ gegen dessen Kompetenz (natürlich) erfolglos geblieben war. Das Kriegsgesicht wird im Namen des Gesezes die Blutarbeit der bestialisirten Soldateska vollenden.

Beachtenswerth ist ein Zeugniß des reaktionären „Constitutionnel“ für die Verwaltung seitens der Kommune. Er schreibt:

„Die „Liberté“ erzählt, daß das Münzmuseum des Hotel Conti von der Commune ganz aus Raub und Band gebracht worden wäre, und daß Herr Camelinat, der Münzdelegirte der Commune, die werthvollsten Medaillen dieses Museums, namentlich die goldenen, unter dem Vorwande, sie mit mehr Mühe zu studiren, fortgetragen hätte. Wir sind ermächtigt, diese Geschichte der „Liberté“ als unwahr zu bezeichnen. Die Münze ist eines der wenigen (!) von den Leuten der Commune besetzt gewesenen Institute, die unverlegt gefunden worden sind. Die Wahrheit ist, daß die Commune einen Theil des von ihr an verschiedenen Stellen requirirten Silbers verwerthet hat. Sie hat in der Münze fünfzehenstücke mit dem sogenannten Hercules-Typus in Höhe von 128,200 Francs geprägt. Diese Stücke sind sämtlich von dem vorschriftsmäßigen Gewicht und der vorschriftsmäßigen Legirung; man erkennt sie an dem Dreizack, welchen Herr Camelinat als Unterscheidungszeichen angewendet hat.“

Es ist wahrscheinlich, daß der „Constitutionnel“ nur aus

Brodneid gegen sein Konkurrenzblatt obige Thatsachen veröffentlicht; wir haben davon den Gewinn, zu sehen, wie den Gegnern die selbstgeschmiedete Waffe der Verläumdung unversehens aus den Händen fällt. Wie — nach eigenem Geständniß des Direktors der Bank von Frankreich — die Bank unverfehrt geblieben ist, so auch nach Obigem das Münzmuseum; — wo in aller Welt bleiben da die „Plünderungen“, wenn aus der Bank und dem Münzmuseum — den beiden Hauptlagerstätten des Geldes — nichts weggenommen ist? Wenn diese „wenigen von der Commune besetzten Institute“, wo das Geld (um Preukisch zu reden) zu „finden“ war, „unverlegt“ geblieben sind, wo hätte dann die Kommune (um wiederum Preukisch zu reden) „das Geld nehmen“ sollen! Etwa da, wo es nicht zu „finden“ war? —

Unter dem Scheine, eine Dezentralisation anzustreben, hat die französische Nationalversammlung eine neue Institution geschaffen, welche sie die Departementalkommission genannt hat, und die in Wirklichkeit ein versiebentachtes centralistisches Regierungsmittel an Stelle der früheren Einzelperson des Präfekten sein wird. Diese Departementalkommission, welche nächst der Regierung die Aufsicht über die Communen haben soll, besteht aus sieben, auf neun Jahre gewählten, unbefoldeten Mitgliedern, und wird — das ist das eigenste Werk des Herrn Thiers — vom ältesten Generalrath als Vorsitzenden geleitet. Die Länge des Mandats der Commissionsmitglieder verhindert selbstverständlich, daß die Kommission mit dem stets vorschreitenden Zeitgeiste auch nur einigermaßen Schritt halte und giebt der Regierung, wenn sie die Wahlen gut zu beeinflussen verstanden hat, eine auf neun Jahre hinaus willige Beamtenmaschine in die Hand. Dazu kommt die auch in Deutschland bereits genügend gewürdigte Diätenlosigkeit der Commissionsmitglieder, welche eine „freie“ Wahl von vornherein unmöglich macht.

Mit derselben reaktionären Halsstarrigkeit, die Herr Thiers bei Berathung des Departementalgesezes gezeigt, widersezt er sich einem Antrage, den durch den Krieg den 33 okkupirten Departements verursachten Schaden von 670 Millionen durch den Staat zu ersetzen. Für Frankreich entsteht dadurch die Lage, daß selbst die charakterschwache Linke der Nationalversammlung, darüber erbittert, ihren Plan, Thiers auf 3 Jahre die Vollmacht zu verlängern, aufzugeben bereit ist und sich mit dem Gedanken der Selbstauflösung der Nationalversammlung vertraut macht. Das Resultat hiervon dürfte vielleicht die Präsidentschaft Gambetta's sein, — ein ziemlich winziges, im Vorbeigehen bemerkt, durch welches die sozialistische Partei sehr wenig berührt würde.

Der Justizminister Dufaure hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, wodurch Strafen gegen die Anhänger der Internationale verhängt werden. Die in dem Entwurfe aufgeführten Strafen sind: 1) eine Geldbuße von 50 bis 1000 Francs., 2) Gefängniß von 2 Monaten bis zu 2 Jahren, 3) Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, 4) Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Eigenschaft als Franzose.

Anknüpfend an die beabsichtigten Reaktionsmaßregeln der Thiers' und Konforten gegen die Internationale bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Bismarck's Organ:

„Die französische Nationalversammlung wird sich demnächst mit einer Angelegenheit beschäftigen, welche gegenwärtig auch für Deutschland von hohem Interesse ist und eigentlich einen internationalen Charakter hat — mit der Arbeiterfrage. Nach Niederwerfung des Pariser Aufstandes ist es wohl erklärlich, daß in Frankreich auf Mittel und Wege gethan wird, einer neuen sozialistischen Erhebung vorzubeugen, und nach der Apologie der Kommune, mit welcher die Herren Bebel und Liebknecht neuerdings in Leipzig aufzutreten seinen Anstand genommen haben, dürfte es für uns von Nutzen sein, den Verlauf der Gegenströmung in Frankreich genau zu beobachten. Wie der Telegraph meldet, beabsichtigt der Justizminister einen Gesetzentwurf gegen die Internationale einzubringen, und eine aus eigner Initiative bereits früher zur Prüfung der nämlichen Frage eingeleitete Commission der Nationalversammlung beantragt, wie dem „Nord“ aus Versailles geschrieben wird, zuerst die Abschaffung der Koalitionsfreiheit und die Wiedereinführung des Streikverbots. In Frankreich soll nun, was zuerst im Namen der Freiheit mit vielen Vorfällen, Resolutionen und dergleichen erstritten worden, wiederum im Namen der Freiheit rückgängig gemacht werden.“ Ein Verbot der Internationale dürfte aber dort vorzugsweise nur den entgegengegesetzten Zweck erreichen. Offenlich verboten wird die Internationale den namentlich für Franzosen so verlockenden Reiz eines Geheimbundes für sich haben und auf dem verborgenen Wege geheimer Agitation an Umfang gewinnen. Je offener sich die Agitation bewegen darf, desto ungefährlicher wird sie und desto deutlicher muß sich der Augenblick kennzeichnen, in welchem der Staat eingzugreifen hätte, falls ihm überhaupt die Kraft dazu innewohnt. Die soziale Agitation scheint übrigens in neuester Zeit an verschiedenen Orten gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Legislative auf sich zu ziehen und den Gegnern des Sozialismus satirische Argumente zu dessen Bekämpfung an die Hand geben zu wollen. Namentlich wird Oesterreich jetzt häufiger von sozialistischen Zuständen heimgesucht. In Brünn mußte am 5. neuerdings die bewaffnete Macht gegen tumultuirende Arbeiter einschreiten und gegen 26 der in Pest bei den vor kurzem dort stattgefundenen Unruhen verhafteten Arbeiter ist, Wiener Blättern zufolge, der Hochverratsprozeß eingeleitet worden.“

Interessant ist uns diese Auslassung in sofern, als sie mit früheren Expektorationen des Bismarck'schen Organs in diametralem Widerspruch steht. Nicht gewaltsame Unterdrückung,

*) Die bei uns: die Berliner Maurermeister tragen sich gleichfalls mit dem Plane, für Koalitionsbeschränkung zu agitiren und zu petitioniren.

sondern Gehenslassen, bis „der Staat eingzugreifen hat“, lautet jetzt der Arbeiterbewegung gegenüber die Parole. Aus dieser plötzlichen Aenderung ergeben wir, daß man an maßgebender Stelle nicht weiß, was man thun soll. Wie lange diese Rathlosigkeit noch dauern, wozu man sich schließlich noch entscheiden wird — uns ist es sehr gleichgültig. Thut, was Ihr könnt! Die Internationale Arbeiterassoziation ist gleich der ganzen Sozialdemokratie so öffentlich, daß Ihr sie nicht unterdrücken könnt, ohne das ganze öffentliche Leben zu unterdrücken. Und dies liegt nicht in Eurer Macht. Ob Ihr uns frei gewähren laßt, oder durch Polizeimaßregeln, Hochverratsprozesse und sonstige Kindereien aufzuhalten sucht — für die Arbeiterbewegung ist es dasselbe; — nicht aber für Euch, denn im ersteren Fall vermeidet Ihr wenigstens den Fluch der Lächerlichkeit.

In ihren Protestreden gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und gegen die Fortsetzung des Krieges nach dem Bonaparte'schen Staatsstreich von Sedan erklärten bekanntlich die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag, der Zweck des Grafen Bismarck sei nicht, Deutschland zu nähern, sondern die französische Republik zu vernichten. Schon Monate vor diesen Protestreden hatte das Parteiorgan (i. „Volksstaat“ Nr. 79 vom 1. Oktober) geschrieben:

„Graf Bismarck ist Junker, und als solcher ein unverföhnlicher Feind der Demokratie. Erst in zweiter Linie ist er Preuze und Annexionist. Seine Richtschnur ist das Interesse des Junkerthums, und dieses erheischt vor Allem die Niederwerfung der französischen Republik. Erobert Preußen, außer Elsaß und Lothringen, noch die Hälfte Frankreichs, und die andere Hälfte bleibt Republik, so hat Preußen, der Militär- und Polizeistaat Preußen, den Lohrstein im Herzen und muß über kurz oder lang an der moralischen Gewalt der Republik Frankreich zu Grunde geben. Verzichtet hingegen Preußen auf jede Eroberung, zerstört aber die französische Republik, so hat es auf lange Jahre die Suprematie in Europa und das preußische Junkerthum kann sein Kasernenideal nach Herzenslust verwirklichen. Mit Einem Wort: die französische Republik zu zerstören, ist für Graf Bismarck von tausendmal größerer Wichtigkeit als Elsaß und Lothringen zu annektiren. Letzteres ist eine Liebhaberei, ersteres eine Lebensbedingung. Hinter dem Eroberungskrieg, der bloß die Maske bildet, versteckt sich der Prinzipienkrieg, der Krieg der Militärmonarchie gegen die Republik, der Krieg des Junkerthums gegen die Demokratie, gegen die deutsche Demokratie so gut wie gegen die französische.“

Wie richtig diese Auffassung war, ergeben wir aus einer „Enthüllung“ des Bonaparte'schen Handelsministers Duvernois, berichtigten Angebendens. In dem Verhöre, welches derselbe vor ein paar Tagen vor der Versailler Kommission bestand, welche mit der Prüfung der Ereignisse während des letzten Krieges betraut ist, bestätigte er, daß der Kaiser von Rußland nach den Kämpfen von Sedan wirklich Schritte gethan hätte, um die Integrität Frankreichs so ziemlich sicher zu stellen. Duvernois zeigte nämlich eine am 3. September in Paris eingegangene Depesche vor, in welcher der Czar, und zwar im Einverständnisse mit dem König von Preußen, sich erbot, den Frieden zwischen den beiden kriegführenden Parteien herzustellen, falls Frankreich sich zu einer unbedeutenden Grenzretifikation verstehen wolle. Die Kaiserin hat den ihr am nächsten Tage vorgelegten Brief bis zum 12. unbeantwortet gelassen und an diesem Tage an den Kaiser von Rußland geschrieben, um ihn an sein Anerbieten zu erinnern und ihn zu bitten, daß er Frankreich die Freundschaft und Sympathie weiter gewähren möge, welche er der gesunkenen Dynastie bewilligt habe. „In der Kommission erregten diese Schriftstücke großes Aufsehen.“

Kein Organ des Berliner Pressbureau's hat auch nur den Versuch gemacht, die Richtigkeit der Duvernois'schen Angaben zu befreiten. Somit dürfen wir als erwiesen betrachten, daß Graf Bismarck dem Lumpen Bonaparte gegenüber an keine Annexion gedacht hat, und nur deshalb nachträglich mit der Annexionsforderung hervorgetreten ist, um der Republik den Lebensnerv abzuschneiden.

Wir werden uns mit diesem Thema noch mehr zu beschäftigen haben.

Es ist kein Faden so fein gesponnen, Er kommt doch endlich ans Licht der Sonnen, Auch die Fäden von Sedan. —

Die Voruntersuchung gegen die am 13. Juni in Pest verhafteten 31 Arbeiter, wegen deren schlechter Behandlung im städtischen Gefängniß die neulich erwähnte Interpellation an den Stadthauptmann gerichtet wurde, ist beendet. Gegen 25 will jetzt die Staatsanwaltschaft einen „Hochverratsprozeß“ einleiten, da durch die vorgefundenen Schriftstücke „die Verbindung der Angeklagten mit der Internationalen zu aufständischen Zwecken“ konstatiert sei. Die übrigen 6 wurden zur polizeilichen „Abschaffung“ aus Pest verurtheilt. — Das Wiener Gericht hat gegen Andreas Scheu und Genossen, welche wegen der angeblichen Demonstration für die Pariser Kommune ebenfalls verhaftet und dann über die Grenze gebracht wurden, auch einen Kriminalprozeß eingeleitet.

Zur Geschichte des Preussischen Regierungssozialismus.

Der Redaktion des „Volksstaat“ ist Folgendes zugegangen:
Geehrte Redaktion!

Bielefeld scheint Ihnen eine Korrespondenz beachtenswerth, die ich im Herbst 1865, als ich noch Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war, mit einem Manne hatte, mit welchem ich durch Hrn Hasenclever, den nunmehrigen Nachfolger Schweigers, in Verbindung gesetzt wurde. Herr Hasenclever meldete mir nämlich, daß ein gewisser G. in R. die Arbeiterbewegung fördern wolle, und rieth mir an, umgehend an ihn zu schreiben. Nachdem ich sofort an den Betreffenden geschrieben und ihm alles nöthige Material zur Gründung einer Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins übersandt hatte, erhielt ich zu meinem größten Erstaunen folgende drei Briefe, deren Originale ich Ihnen nöthigenfalls zustellen kann.

(Erster Brief.)

R., 9. Oktober 1865.

Hochgeehrter Herr!

„So sehr ich über Ihre angenehme Zuschrift vom 6. c. erfreut bin — indem ich solcher eine längst gewünschte Anknüpfung mit Ihnen verdanke — so sehr muß ich es bedauern, die mir darin gestellte Anforderung, das Amt eines Bevollmächtigten für unsere Gemeinde zu übernehmen, ablehnen zu müssen.

„Sie werden die Gründe, wenn ich Gelegenheit dazu habe (und ich hoffe dies!), Ihnen solche mitzutheilen, billigen.

„Ich bin bald 50 Jahre alt, und mein inneres Leben, welches ich für mich geführt, ist noch bewegter, als mein äußeres. Ich bin Humanist, wissenschaftlich gebildet: — meine Grundsätze beruhen auf meiner Ueberzeugung. Gern will ich mich bei der guten und großen Sache der Humanität auf den letzten Handlangerdienst beschränken — wenn ich derselben damit nützen kann —: allein ich bin nicht unabhängig, vielmehr sehr abhängig von dem Kapital, und ich habe 10 Kinder — dieß sagt Ihnen genug.

„Doch kann ich der Sache in meiner sozialen Stellung viel nützen und habe ihr genügt.

„Als die Arbeiter-Kommision unserm Ministerium proponirt und ihr die Basis gegeben wurde: a) Konsum-, b) Produktions- und c) Kredit-Anstalten zu berathen, habe ich **Seiner Excellenz, Herrn Grafen Bismarck** eine Vorlage zugehen lassen, welche derselbe von Gastein aus an den Handelsminister sandte; von diesem wurde mir die Nachricht, daß er mich **nicht brauchen** könnte.

„Dagegen habe ich in einer Privat-Audienz bei **Herrn Graf Bismarck** die Ueberzeugung gewonnen, daß derselbe meinen Vorschlag **akzeptirt**, und damit **ist Alles erreicht**.

„Es wäre mir nun sehr erwünscht, wenn wir uns auf halbem Wege treffen könnten, und schlage ich Ihnen dazu **Nollandsdell bei Bonn** vor, wo ich sein werde, sobald Sie es mir bestimmen.

„Ich werde Ihnen dann mein Wirken mittheilen und **Ihnen eine Petition sämmtlicher Arbeiter an unser Ministerium vorlegen**, welche das fordert, was wir von der Arbeiter-Kommision erwarteten, und ich bin bereit, solche auf meine Kosten an betreffender Stelle zu überreichen und zu befürworten, und ich bin überzeugt, daß wir es erhalten.

„Ich habe Nichts weniger gefordert, als 1) Errichtung von Konsum-Bereinen im ganzen Staat in jeder Gemeinde; 2) Errichtung von Produktiv-Bereinen, basirend auf dem sich ergebenden Konsum; 3) Errichtung einer Arbeiterbank zur Vermittlung der Geschäfte zwischen beiden und dieses als ein organisches Ganzes zur Verbindung der Produktion und Konsumtion — unter Selbstverwaltung der Beteiligten — analog der Gothaer Bank für Feuer- und Lebensversicherung.

„Eine solche Institution würde mehr wirken, als alle Vereine und Belehrungen.

„Als Kaufmann ist mein Bestreben aufs Praktische gerichtet und glaube ich, daß, wenn mein Gedanke ausgeführt wird, das allgemeine Stimmrecht in Preußen bald da sein wird, indem um diesen Preis das allgemeine Wahlrecht **die Reorganisation des Militärs** (sic!) **gutzuhelfen** würde.“

„Ein solcher **Kompromiß** (sic!!!) mit Beiseiteziehung der gesammten Bourgeoisie ist wohl denkbar und erreichbar. (Sic!!!)

„Es soll mir sehr angenehm sein, wenn ich die Ehre haben kann, Sie zu sprechen, und bleibe ich inzwischen mit aller Hochachtung und Ergebenheit

Ihr

E. G.“

(Zweiter Brief.)

R., 10. Okt. 1865.

Hochgeehrter Herr!

„Im Drange des Geschäfts und meiner Gefühle habe ich Ihnen gestern einige Worte geschrieben; es griff mich gewaltig an, einen Gedanken, den ich seit Jahren hege, zur Ausführung gelangen zu sehen.

„Sie wollen mich daher gütigst nicht nach dem kurzen Inhalt meines Schreibens beurtheilen — wenn Sie keine Zeit zu einer Besprechung haben und auch nicht in unsere Gegend kommen (sic!); dann werde ich es einzurichten suchen, im Lauf des Herbstes nach dorten zu kommen und Ihnen meinen Gedanken mündlich klar darzulegen.

„Ich hielt es für gut, Ihnen dieß zu schreiben, um nicht in ein falsches Urtheil zu gerathen (sic!!!), und bleibe mit aller Hochachtung und Ergebenheit

E. G.“

(Dritter Brief.)

R., den 7. November 1865.

Hochgeehrter Herr Becker!

„Indem ich Ihnen für Ihre gefällige Zuschrift vom 4. c. verbindlich danke, theile ich Ihnen mit, daß ich auch vor Anfang des Dezember nicht wohl werde nach dorten kommen können.

„Nachdem Sie meinen Gedankengang durch mein Voriges

haben kennen lernen, kann ich nicht anders als Sie darauf aufmerksam machen, daß sich die Hauptfrage zwischen uns um den Punkt drehen wird, ob die Arbeiterbewegung **gleichzeitig und nothwendigerweise auf Erlangung von politischer Macht gerichtet werden muß, oder ob sie davon abstrahirt, wenn sie ein Arbeitergeleß, wie ich es wünsche, von den heutigen Macht-habern** (sic!!!) erhalten kann?

„Daß ich letzteren Weg für den richtigen halte, werden Sie nicht auf Rechnung meiner blinden unbewußten oder bewußten Unterwerfung unter irgend welche bestehende Autorität oder Persönlichkeiten (sic!) stellen —, vielmehr bestimmt mich zu dieser Ansicht eine wohlbegründete Einsicht in die bestehenden Verhältnisse (sic!).

„Die stramme wohlorganisirte militärische und geistliche Disziplin, welche die Bewegung des Volks hemmt, — kann und wird nur auf revolutionärem Wege beseitigt werden; selbst wenn dieses aber wie im Jahre 1848 durch irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß, als den Tod Napoleons, oder eine Theuerung, eintreten sollte, so bleibt es die Hauptsache, daß das Volk alsdann das Bewußtsein hat, seine Macht zu gebrauchen — sich selbst zu bestimmen.

„Denor aber eine so allgemeine Bildung besteht, daß dieses der Fall ist, sind Jahrhunderte verronnen, und deshalb bleibt der Punkt: die Interessen zu verbinden — der allerwichtigste.

„Nach den Anschauungen und Auslassungen des Justizraths **Wagener***) sind die **Feudalen im Hinblick auf die Bourgeoisie bereit, die von mir geforderten Konzeptionen zu machen**: — hätten wir aber ein Geleß für die organisation du travail** in Preußen, es würde Deutschland rascher erobern (sic!!!) als der Zollverein, und, anknüpfend an die Solidarität der Interessen, würde Bildung und Freiheit die nothwendige Konsequenz des Wohlstandes sein.

„Es soll mir lieb sein, wenn Sie mit einsichtsvollen Männern unserer Partei über diesen Punkt sprechen, und freue mich um so mehr auf die Ehre, Sie besuchen zu dürfen, als ich hier keinen Menschen habe, mit dem ich ein Wort über solche Dinge sprechen kann.

„Mit aller Hochachtung und Ergebenheit

Ed. G.“

In einem vierten und letzten Brief forderte der mir von Herrn Hasenclever empfohlene Herr, der mit mir im Namen Bismarcks und des Justizraths Wagener verhandelte, die mir zugesandten 3 Briefe zurück. Doch erfüllte ich nicht seinen Wunsch, weil ich dachte, ich könnte einmal in den Fall kommen, von denselben Gebrauch zu machen. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Diese Briefe werden am Besten zeigen, inwiefern Hr. Hasenclever, der bekanntlich schon vor seinem Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, wie in Hagen jedes Kind weiß, seine Feder für die preussische Regierung gebraucht hat, sich berufen fühlen kann, mich in dem „Neuen (d. h. alten) Sozial-Demokrat“ anzuseinden. Ich habe wiederholt das Bündniß mit den Feudalen ausgeschlagen und folglich muß ich verleumdet werden. Mich zu behudeln war aber gerade jetzt um so mehr meine Pflicht, als ich mir hier am Platze, wo es sich jetzt um die Annexion Braunschweigs durch die Zollern handelt, im hohen Grade das Mißfallen der Aebter des preussischen Despotismus zugezogen habe. Weil ich zu viel käufliches und verkaufliches Gesindel im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein hatte, deshalb gerade legte ich seiner Zeit das Präsidium freiwillig nieder.

Braunschweig, den 6. August 1871. Bernhard Becker.

(Fortsetzung gelegentlich.)

Ueber die in vorvoriger Nummer gemeldete Konfiskation des „Braunschweiger Volksfreundes“ schreibt man der Chemnitzer „Freien Presse“ aus Braunschweig unterm 30. Juli:

„Vorgestern Nachmittags wurde die eine Woche vorher erschienene Nr. 11 des hiesigen „Volksfreundes“ mit Beschlagnahme belegt. Nach dem Manuskripte wurde zuerst bei Brack nachgefragt, bei dem gegen zwölf Exemplare konfiszirt wurden. Sodann begab sich die Polizei in die Druckerei vom Limbach, wo der „Volksfreund“ gedruckt wird, suchte aber hier ebenfalls vergebens nach dem Manuskript. Darauf konfiszirte sie elf Nummern in der Expedition und ersuhr hier, daß das betreffende Manuskript Bernhard Becker zur Korrektur zugesandt worden sei. Ohne einen Hausdurchsuchungsbefehl zu besitzen, kehrten darauf zwei Spürnasen das Wohnzimmer Becker's um und um, suchten in und unter dem Bett, durchwühlten Becker's sämmtliche Briefe, Manuskripte und Zeitungen, holten mit den Fingern die Papierasche aus dem Ofen heraus, drangen unbefugt sogar in ein Becker gar nicht zugehöriges Zimmer ein und durchsuchten, als sie nach dreistündiger Schnüffelei nicht zu ihrem Ziele gelangt waren, unverschämterweise die Taschen von Becker's Kleidern und befahlten ihn am Körper. Das fragliche Manuskript konnte von der Polizei nicht aufgefunden werden, weil Becker es im Ofen verbrannt hatte. Nach einiger Zeit kehrte der eine Polizist — ein Polizeiergeant, Namens Böcker, der im vorigen Jahre unserm Bonhorst vor dessen Abführung nach Pöben die Hände aufs Grausamste mit Stricken zusammengeknüpft hat — wieder zu Becker zurück und suchte ihm durch einen Kniff das Geständniß zu entlocken, daß er der eigentliche Redakteur des „Volksfreundes“ sei. Becker erwiderte ihm jedoch: „Das geht Sie Polizeidiener gar Nichts an, darnach haben Sie Nichts zu fragen.“ — Der Zweck von dem mißglückten Kniff liegt auf der Hand: es sollte ein Anhaltspunkt gefunden werden, um außer dem verantwortlichen Redakteur Friedrich, dessen Name auf der Zeitung angegeben ist, auch Becker den Prozeß machen zu können. Der Grund, warum die Konfiskation erst eine Woche nach dem Erscheinen der Nummer erfolgte, liegt darin, daß die hiesige Staatsanwaltschaft nichts Anstößiges in der betreffenden Nummer gefunden hatte, aber durch die hiesigen National-Servilen, deren Führer die Advokaten Aronheim und Lucius sind, zum Einschreiten genöthigt worden war. Die National-Servilen sind nämlich auch hier preussisch gestünnte Seelen, welche den allverehrten Herren Stieber und Bismarck Denunziationen und überhaupt Vätteldienste leisten. Sie hatten, nachdem Nummer 11 erschienen war, sich nach Berlin an die dortige

Zentralstelle der „deutschen Einheit“ gewandt und von dort aus auf die Braunschweigische Staatsanwaltschaft einen Druck ausgeübt. Hieraus mögen die Leser ersehen, daß die „National-Liberalen“ nicht allein in Sachen Schergen- und Schnüffel-dienste verrichten, sondern daß sich das Gesindel überall so ziemlich gleich ist. Seitdem zu den Ohren der hier im sogenannten „Großen Klub“ verkehrenden falschen Brüder, Freimaurer und überhaupt der National-Servilen die Kunde gedrungen war, daß Bernhard Becker die Redaktion des Braunschweiger Volksfreundes führe, beschloffen sie, daß sie dafür sorgen wollten, daß das Blatt erst dreimal konfiszirt und dann verboten werden sollte. Zum Vorwand der ersten Konfiskation ist ein Artikel betitelt: „Der Frieden und das stehende Heer“, genommen worden, weil in demselben der preussisch-deutsche Kaiser „der sagenhafte fromme Heldengreis“ heißt, weil ferner darin gesagt ist, daß im Heere die Ehre des Volkes unter das Kommando von adeligen Müßiggängern erniedrigt werden, und weil endlich darin das nahe Ende des preussisch-einheitlichen Despotismus, des Kaiserwahns und des „Volkes in Waffen“ prophezeit ist. Wenigstens vermüthe ich, daß genannte Punkte den National-Servilen besonders in der Nase gefochten haben, obgleich ich gern gebe, daß ihnen der ganze Artikel ordnungswidrig und konfiszirlich vorgekommen sein mag. Da die Führer der National-Servilen weit davon entfernt sind, sich für Ministerposten zu eignen, suchen sie wenigstens der in Stieber-Bismarck verkörperten deutschen Einheit den patriotischen Beweis zu liefern, daß sie sich zu mouchards (Spiegeln) und zu gemeinen Polizeidienern bestens qualifiziren. Auf sie paßt völlig der Ausspruch Faust's:

„Jetzt kenn' ich Deine würd'gen Pflichten!

Du kannst im Großen Nichts verrichten

Und fängst es nun im Kleinen an!“

München. Ueber den hiesigen „Siegeszug“ ist in der gesammten gesinnungstüchtigen Presse des Rühmens viel gemacht worden, doch ebenso wie in Berlin geht man hier mit Stillschweigen über Dinge hinweg, die unangenehme Eindrücke hervorrufen.

Dort waren es die traurigen Folgen der Strapazen des Einzugs, hier ist es die nichtswürdige Behandlung der zurückkehrenden Mannschaften, welche todtzuschweigen man beflissen ist. Hier kamen die Truppen erst um 3 Uhr Nachmittags in die Kaserne, erhielten aber weder Menage noch Geld, so daß, wer nicht die Mittel hatte, sich selbst zu beköstigen, hungern mußte. Erst Montags Nachmittags 1 Uhr erhielt ein Theil Quartierbillets in die Stadt und Abends wurden erst der von der Stadt für jeden Mann geschenkte Siegesthaler, sowie 30 kr. Menagezulage für die Mannschaft, welche in den Kasernen zurückbleiben mußte, ausgezahlt. Seitens der Bürgerschaft waren bereitwilligst Freiquartiere angemeldet worden und beide Tage harteten die dampfenden Schüsseln der Gäste — vergebens.

Die Herren Offiziere waren entweder zu bequem, um die Billets rechtzeitig ausgeben zu lassen, oder wollten ihre Quartierwirth nicht auf sich warten lassen.

Die Mannschaften selbst (die nationalliberalen hellblauen Missionäre) sind unbewußt die besten Agitatoren für uns. Am meisten klagen sie über die schlechte Verpflegung der letzten Zeit und über die Bertheilung der sogenannten Liebesgaben. Was die Herrn Offiziere von Lebensmitteln nicht für sich brauchten, behielten sie zurück, bis dieselben ungenießbar waren, und dann hieß es „vergraben!“ —

Die Frage der lokalen Organisation.

Die Frage der lokalen Parteiorganisation ist bisher auf jedem Parteikongresse ventilirt worden; auch an den diesjährigen tritt sie heran und beweist damit, daß sie keineswegs als entgültig beantwortet betrachtet werden darf. Bei der eminenten Wichtigkeit dieser Frage muß es seltsam erscheinen, daß es bisher von maßgebender Seite nicht versucht worden ist, zu voller Klarheit für alle Parteimitglieder die Forderungen zu formuliren, welche an die Organisation einer sozialistischen Partei zu stellen sind, Organisationsfehler, wenn solche vorhanden sind, nachzuweisen und in eingehender Detailausführung theoretisch eine Musterorganisation zu konstruiren.

Die sehr es Bedürfnis war, beweist der von Köln auf Wiederherstellung des § 19 der alten Organisation gestellte Antrag.

Der vorjährige Kongreß hatte nach eingehender Debatte diesen Paragraphen gestrichen; seitdem war die Frage der Organisation im Parteiprogramm nicht mit einem Finger berührt worden, so daß man berechtigt gewesen wäre zu glauben, es habe beständig allgemeine Zufriedenheit mit der gegebenen Organisation geherrscht. Jetzt aber tauchte auf einmal ein Antrag auf, der dem vorjährigen Kongreßbeschlusse ohne Notizirung „kühl bis an's Herz hinan“ in's Gesicht schlägt.

Ich leugne nicht, daß sich die Majorität der Delegirten bei dem Stuttgarter Kongreß leicht in einem empfindlichen Irrthum befinden haben konnte; ich bin auch damit einverstanden, daß man unbefürmet um die Autorität vergangener Kongresse dieselben gegebenen Falls freimüthig des Irrthums zeugt, sobald man damit die Partei-sache zu fördern meint, aber ich denke, man darf das nur thun, wenn man den begangenen Fehler sonnenklar nachweist und statt des Fehlerhaften das Richtige in den Kauf giebt.

Der Aktionismus der Kölner Antragsteller bei ihrem Verlangen nach Restitution des § 19 zeigt nun zunächst auch nicht die Spur einer verjüngten Beweisführung, und der Fortschritt zum Bessern wäre mit der Annahme ihres Antrags gleichfalls keineswegs gegeben.

Jede Parteiorganisation hat den Zweck, die Parteimitglieder zu einem agitations- und event. aktionsfähigen Ganzen zusammenzuschweißen. Die höchste Agitations- und Aktionsfähigkeit muß also das einzige Ziel aller Parteiorganisationen sein. Wollen diese keinen Hieb greife in den Mitteln zur Erreichung ihres Zieles ausgeübt sein, so muß ihnen stets das Wesen ihres Parteikörpers lebendig vor Augen stehen. Es wird aber das Wesen bedingt durch die treibenden und hindernden Kräfte der Parteibildung und durch die Beschaffenheit der Parteielemente. Diese veranlassen bei jeder Partei, und in höchstem Maße bei Parteien des Proletariats, in ihrem Zusammenwirken, daß jedes Bemühen, eine Organisation über alle mit der Parteibewegung durch ihre Interessen Verknüpfen auszubreiten, in Zeiten politischer Windstille scheitern muß. Erst wenn tiefgreifende Ereignisse die Gemüther erregen und für die Richtigkeit der Grundsätze einer Partei in überwältigender Weise Zeugniß ablegen, drängt die sich sonst indifferent verhaltende Menge auf die vorhandene Parteiorganisation ein und wirft sie, sobald sie sich nicht hart genug erweist, die herandrängende Menge aufzusaugen, sie mit sich selbst zu einem organischen Ganzen zu verschmelzen, schonungslos über den Haufen.

Da aber nur, wenn die Wogen des politischen Lebens hoch gehen, die Möglichkeit einer Parteaaktion gegeben ist, so ist es gerade eine Lebensbedingung für jede auf die Aktion nicht völlig verzichtende Partei, die Fähigkeit zu erringen, die Menge eintretenden Falls blitzschnell zu durchdringen, sie in die vorhandene Organisation hineinzuziehen. Das geschieht aber noch keineswegs zur Genüge, wenn man politische ruhige Zeiten dazu benützt, durch öffentliche Vorträge in Vereinen und Volksversammlungen die Parteimitglieder populär zu machen, sondern man muß die Organisation von vornherein so gestalten, daß möglichst Viele von denen, die ihre in unbewegten Tagen beitreten, zu selbststän-

*) Bekanntlich hat auch Herr v. Schweiger im Norddeutschen Reichstage 1868 für die preussische Militärvorlage gestimmt. Seine auf diese Abstimung bezügliche Rede ist im „Demokratischen Wochenblatt“ und voriges Jahr noch einmal im „Volksstaat“ abgedruckt worden.
D. Red.

*) Des Kreuzzeitungs-Wagener, des Sozialisten, der jetzt Geheimer und Vortragender Rath im Bundeskanzleramt ist. Gegenwärtig in Paris, als — Schupengel der „weißen Seele“.
Anmerk. d. Red.

**) Organisation der Arbeit.

diger Parteithätigkeit angepörrt und befähigt werden, Organisations-
mittelpunkte für bewegte Tage zu werden. Dazu thut die Organisa-
tion, wo wir sie haben, kaum das Nöthigste.

Nur ist die Parteithätigkeit der überwiegenden Mehrzahl aller
Parteilmitglieder mit dem Ende der öffentlichen Versammlungen ge-
schlossen, die Meisten haben sich genug gethan, wenn sie irgend einen
Vortrag überbaut haben, und auch die eifrigen Parteigenossen gehen
in ihrer privaten Thätigkeit für die Partei selten über sehr spärliche
und meist resultatlose Viertel- oder Werkstatgespräche hinaus. Und
das ist zum guten Theile die Schuld der Lokalvereine. Diese lassen nur
zu leicht vergessen, daß sie nicht Selbstzweck sind, daß in ihnen nur
der Embryo zur Parteientstehung gegeben sein soll. Sie sind darauf
angewiesen, in kleinem Lokale ihre regelmäßigen Zusammenkünfte ab-
zuhalten, also schon damit ihrer Thätigkeit die engeren Grenzen zu
ziehen. Statt daß sie aber wenigstens in diesen Grenzen anregend
und belebend wirken, ermüden sie sehr häufig die eifrigen, stets er-
scheinenden Mitglieder durch die Wiederkehr nebensächlicher Debatten, spor-
nen die befähigteren Parteigenossen zu anspruchsvolleren Leistungen auf
dem Gebiete ökonomischer und politischer Vorträge zu wenig an, und
schließen dafür die Minderbegabten, deren Potenz ein unbedeutender
Wirksamkeitskreis entspricht und genügt, an Stelle der zur Förderung der
Parteiangelegenheit am meisten Verufenen. Aber auch die Minderbegabten
werden durch die Lokalvereine zu keiner ernstlichen Parteithätigkeit ge-
trieben, im Gegentheil werden dieselben meistens durch den Einfluß, den
sie in beschränktem Kreise erlangen, veranlaßt, sich mit dem Erreichten
zu genügen und ihre weitere Ausbildung hintanzusetzen.

Also ziehen die Lokalvereine, wie sie sind, weder die Menge der
außerhalb stehenden Proletarier in einigermaßen genügender Weise heran,
noch erfüllen sie den Zweck, die eignen Mitglieder geistig zu nähren zur
Agitation im Großen. Sie haben an vielen Orten, statt zu fördern, die
Rolle spanischer Stiefel gespielt, in welchen die Parteienwicklung ver-
flümmert ist. Wo scheinbar durch dieselben die Partei zu mächtiger Aus-
breitung gediehen ist, ist das stets geschehen trotz derselben, über dieselben
hinweg durch Volksversammlungen, Arbeiterfeste und dgl., zu deren
Einberufung schließlich jeder Einzelne genügt, sobald er es nur ver-
steht, dem Indifferentismus in den Volksmassen durch zündende Thematika
oder allerlei Kundarten ein Paroli zu bieten. Genügt haben die
Lokalvereine nur da, wo es sich wegen Mangels an geeigneten Kräften
geboten zeigte, auf Agitation im Großen vorläufig ganz zu verzichten,
einzig und allein den Zusammenhalt unter den einmal Gewonnenen
zu wahren, und höchstens eine Art Winkelinagelation, mehr zur Behütung
des guten Willens der betreffenden Parteigenossen, als wirklich
zu Nuz und Frommen der Parteiangelegenheit in Scene zu setzen. Das
war größtentheils zum Bewußtsein der Majorität des Stuttgarter Kon-
gresses gedrungen; man verhehlte sich keineswegs den allerdings wenig
ins Gewicht fallenden relativen Nutzen solcher Vereine, erkannte aber
deutlich ihre Unzulänglichkeit und beschloß deswegen, vorläufig
dem Verleihen und der Engherzigkeit jeder Mitgliedschaft die lokale Organi-
sation anheimzustellen. Freilich schwand damit jeder positive Anhalt
zur Lösung der Organisationsfrage, jedoch nur zeitweise, da man schon
damals der Ueberzeugung sich nicht verschloß, daß sich auf den Grund
der zu machenden Erfahrungen und theoretischen Untersuchungen eine
Neugestaltung der Lokalorganisation in allseitig mäßigender Weise
aufbauen würde.

Die Grundlage jeder solchen Neugestaltung wird nun die Erkennt-
nis sein müssen, daß die Organisation nicht geschaffen werden darf,
um für die Tage politischer Ruhe flümmertlich zu genügen, sondern daß
sie für die Zeit des Sturms die eiserner Unzerstörbarkeit die denkbarste
Elasticität besitzen muß, zur Ausdehnung über das gesammte in wirbelnde
Bewegung getriebene Proletariat. Solch eine Organisation muß
die erforderliche Anregung bieten, die von Anfang an ihr zuzuführenden
Kräfte zu klären und zu säubern, sie muß sie fest zusammenhalten,
möglichst jeder einen entsprechenden Wirkungskreis schaffen, sie muß
nach allen Seiten hin in die noch indifferenten oder gegnerisch ge-
stimmten Volksmassen hineinstrecken und jeder Zeit die Partei schlagfertig
halten zu Abwehr und Angriff. Das erreichen wir ohne allzu große
Schwierigkeit, wenn wir zunächst über jeden Arbeiterdistrikt in Stadt
und Land ein Netz von Parteilagerten ausspannen, zu denen wir alle
mit einiger Ergebung der Partei Anhängenden gebrauchen und vor-
ziehen können. Jede größere Stadt, jeder Industrieort, in dem die
Agitation Frucht zu tragen beginnt, wird in mehrere nicht zu große
Agitationsbezirke eingetheilt und für jeden irgend ein Parteimitglied,
das in demselben seine Wohnung hat, zum Bezirksvertrauensmann ge-
wählt. Dieser wird von Parteigenossen beauftragt, soweit ihm thunlich,
durch Verbreitung von Agitationschriften, Gewinnung von Abonnenten
für das Parteiorgan, mündliche Propaganda für die sozialistischen Ideen,
durch Erforschung der politischen Stimmung und Bildung der Proletarier
seines Bezirks, für die Partei unausgesetzt thätig zu sein. Alle Bezirks-
vertrauensmänner bleiben in beständiger Verbindung mit dem einen
Parteiorganisationsmann des Ortes, und werden von ihm zu periodischen
Zusammenkünften berufen, in denen jeder über seine Thätigkeit und
Erfolge Bericht zu erstatten hat. Die Vertrauensmänner haben ferner
dafür zu sorgen, daß allmonatlich mindestens eine öffentliche Parteiver-
sammlung, und von Zeit zu Zeit, sobald sich die Menge anregt oder
anregungsfähig zeigt, große Volksversammlungen mit allgemeiner
effektiver Tagesordnung, Arbeiterfeste u. dgl. stattfinden. — Der Partei-
vertrauensmann leitet allein, oder mit einem Kassirer und unter steter
Kontrolle der Bezirksvertrauensmänner, die Parteigeschäfte seines Ortes
und legt allvierteljährlich über die Thätigkeit seiner Mitgliedschaft und
die gemachten Agitationsresultate dem jeweiligen Parteiaus-
schuß eingehende Rechenschaft ab.

Damit nun aber zur zweckentsprechenden Lösung der Aufgabe eines
Vertrauensmanns allmählich die nötige Anzahl von politisch und ökonomisch
klaren Köpfen herangebildet werde, werden überall, wo es die vor-
handenen Kräfte gestatten, sofort bei der Organisation der Partei freie Ver-
einigungen zur Förderung sozialpolitischer Bildung gegründet, in welcher
in zusammenhängenden Vorträgen über Geschichtswissenschaft (nach der
Methode Buche's), soziale Oekonomie, Tagespolitik und Arbeiterbewegung
vorgelesen wird. Mit diesen Vorträgen werden regelmäßige Reden,
Distributionsarbeiten für alle, die sich dazu bequemen, verbunden.

Damit ist gegeben, was eine Organisation nur irgend leisten kann.
Es ist höchste Agitationsfähigkeit erreicht, indem sowohl als möglich Parteimit-
glieder zu agitatorischer Selbstthätigkeit anregt und dazu systematisch
vorbereitet werden, und indem sich den geistigen Kräften aller ent-
sprechende Wirkungskreise eröffnen. Es ist aber auch der Partei für
die Tage politischer Ruhe die nötige Expansivkraft geschaffen, die ihre
Ausbreitung über die verandringende Masse der unorganisirten Proletarier
gestattet, da ihre über alle Arbeiterdistrikte vertheilten und in dieser
unlänglich bekannt gemachten Vertrauensmänner alsdann sofort zu
Organisationsmittelpunkten werden und zu selbstständiger Organisation
befähigt sein müssen. Es ist damit auch die denkbar höchste Aktions-
fähigkeit erzielt, die sich auch in gewöhnlichen Zeiten bewahren wird,
wenn es gilt, die Partei plötzlich zu Massenemonstrationen, zum Massen-
besuche gegnerischer oder zur Improvisation eigener Versammlungen
ohne vorherige Ankündigung in Lokalblättern zu mobilisieren. Zugleich
ist damit jeder Chicane von Seiten der Polizei oder des Staatsanwalts
die Spitze abgebrochen.

Ich hoffe in Vorstehendem zur endgültigen Lösung der Organi-
sationsfrage beigetragen, oder wenigstens dazu einen Anstoß gegeben zu
haben. Eine gar nicht genug zu betonende Wichtigkeit hat die vorur-
theillos richtige Lösung dieser Frage aber für mich, weil sich mir überall,
wo ich für die Partei gewirkt oder beobachtet habe, die Ueberzeugung
aufgedrängt hat, daß unsere unethischen und gefährlichen Feinde,
vor denen wir mit Vorliebe beide Augen schließen, unsere eigenen
Fehler sind.

Die Organisation führt die Partei zu Sieg oder Niederlage, und
es giebt nur eine beste Organisation.
Breslau, im August 1871. Bruno Geiser.

Vorwerkstraße Nr. 29.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter. Abrechnung der Hauptkassa pro II. Quartal 1871.

Eingang.
Kassenbestand am Schluß des I. Quartals 1871: Thlr. 98. 10. 3.
Erlöse Thlr. 6. 15. —. Altona Thlr. 14. 2. 9. Magdeburg Thlr.
3. 4. —. Erfurt Thlr. 7. 21. 6. Luzern Thlr. 3. 28. 1. Braun-
schweig, 1. und II. Quartal, Thlr. 3. —. 6. Dresden Thlr. 8. —. —.
Hannover Thlr. 3. 12. —. Köln: Betrag durch Sterbefall am Orte
verbraucht. Zwickau Thlr. 9. 12. 4. Leipzig, I. und II. Quartal,
Thlr. 20. 17. 4. Summa Thlr. 178. 3. 8.

Ausgang.
730 Cuntungsbücher in blauen Umschlag Thlr. 4. 21. 6. Ein Buch
über die Gewerkschaften in England Thlr. 1. —. —. Für einen Sterbe-
fall in Altona Thlr. 12. —. —. Verwaltungs-Konto und Porto-
Ausgaben an Herrn Nord Thlr. 30. —. —. Für Brief-Porto, Ge-
sendungen und Schreibmaterial der Hauptkassa Thlr. —. 7. —.
Für Verwaltung derselben Thlr. 9. —. —. Summa Thlr. 56. 28. 6.
Bilanz. Gesamteinnahme Thlr. 178. 3. 8.
Gesamtausgabe 56. 28. 6.
In Kasse Thlr. 121. 5. 3.

Abrechnung der Unterstützungskasse. Eingang.

Kassenbestand am Schluß des I. Quartals 1871: Thlr. 10. 3. 3.
Erlöse Thlr. 3. 3. 6. Nauburg Thlr. 2. 2. 6. Erfurt Thlr. 3. 12. 6.
Luzern Thlr. 2. 9. 6. Braunschweig, I. und II. Quartal, Thlr. —.
18. —. Dresden Thlr. 2. 26. —. Hannover Thlr. —. 19. 6. Köln:
Betrag durch Sterbefall am Orte verbraucht. Zwickau Thlr. 4. 18. —.
Summa Thlr. 29. 22. 9. Ausgang.
Für einen Sterbefall in Köln Thlr. 12. 23. —. Summa Thlr.
12. 23. —.
Bilanz. Gesamteinnahme Thlr. 29. 22. 9.
Gesamtausgabe 12. 23. —.
In Kasse Thlr. 16. 29. 9.
Guthaben von Altona Thlr. 3. 24. 6. von Erfurt Thlr. 6. 24. 6.
Altona, 1. August 1871. H. Somann, Kassirer,
Revidirt und für richtig befunden: Adolphstraße 32.
H. Warneke, D. Ripp.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerke.

Selber sind an die Hauptkassa eingegangen: Zürich 4 Thlr. 23 gr.
4 Pf., Leipzig 3 Thlr. 4 Pf., Mainz 4 Thlr. Mainz sandte das Geld
mit dem Bemerkten, daß es den wenigen Mitgliedern immer unmög-
lich wurde, noch länger als Mitgliedschaft zu bestehen und daß die-
selben einen langen Kampf bestanden haben, ehe sie zur völligen Auf-
lösung schritten.
Weiter machen wir bekannt, daß am 31. v. M. die übliche Neu-
wahl des Bevollmächtigten und Kassirers vorgenommen und Aug.
Bachen, wohnhaft Brandweg 6, zum Bevollmächtigten gewählt wurde,
während der bisherige Kassirer, H. Sporbert, wiedergewählt wurde.
Nochmals erinnern wir die Mitgliedschaften, denen es möglich
ist die Beiträge einzuschicken, dies zu thun, indem manche noch in
großem Rückstande sind. Für die Verwaltung:
Leipzig. Aug. Schäfer.

Internationale Metallarbeiterkassa.

Hannover, den 6. August. Sämmtliche Orte, in denen Mitglieds-
schaften sich befinden, ohne ihren Verpflichtungen gegen die Hauptkassa
nachgekommen zu sein, (insbesondere die Schweizer) werden nochmals
aufgefordert, ihrer Pflicht zu genügen, Abrechnung und Geld zu senden,
da sonst der Ausschuß in die unangenehme Lage versetzt wird, die
Leitung der Geschäfte nicht zur Zufriedenheit der Gewerkschaft führen
zu können. Bedenkt, Mitglieder, daß wir ohne Geld das von uns
verlangte Material zur Gründung neuer Mitgliedschaften nicht beschaffen
können und nur durch Nachlässigkeit mehrerer Mitgliedschaften eine Störung
im Geschäftsgang eintritt, welche uns keineswegs zur Ehre gereichen
kann. Bedenkt ferner, daß jetzt überall die Arbeiterbewegung in hohen
Wogen geht, und wir auf dem Platze sein müssen, um die Leitung
derselben in die Hand zu nehmen und neue Mitgliedschaften zu gründen,
damit alle Arbeiter unter dem internationalen Banner vereinigt werden.
Anschließend daran bemerken wir, daß wieder 1000 Stück Statuen
im Druck sind und die Mitgliedsbücher gebunden werden müssen; es
erfordert Geld und sehr kurze Zeit, ehe dieselben abgedruckt werden
können. Wir möchten daher die Orte, in denen noch Vorrath an
Mitgliedsbüchern ist, auffordern, dieselben an Ernst Großer, Eisen-
dreher, Chemnitz Brühl 18, zu senden, da die dortige Mitgliedschaft
im besten Aufschwung begriffen ist. Auch fordern wir die Orte, in
welchen während des Kriegs die Mitgliedschaften eingegangen und noch
frühere Beamten oder Mitglieder vorhanden sind, auf, sämtliche
Umschlüsse an unterzeichnete Adresse zu senden, damit sie anderweitig
verwendet werden können. Sodann werden sämtliche Bevollmächtigten
und Kassirer aufgefordert, behufs der Reiseunterstützung ihre Adressen
dem Ausschuß brieflich zu unterbreiten, damit dieselben im „Volksstaat“
zur allgemeinen Kenntniß der Mitglieder gelangen, indem viele Klagen
von Reisenden erhoben werden.

Wir bitten, so rasch wie möglich Vorstehendes zu berücksichtigen.
Der Ausschuß.
S. Franke, Geschäftsführer,
Ballhofstraße 18.
NB. Die Adresse des Hauptkassirers ist: H. Gammann in
Linden vor Hannover, Röllingstraße 38.

Halberstadt. (Zum Strike.) Einnahme seit dem 15. Juli
bis 9. August. Sammlung der hiesigen Cigarrenfabriken vor Aus-
bruch des Strike 9 Thlr. 26 Gr. Von Herrn Müller in Berlin 50
Thlr. Von der hiesigen Maurergesellschaft 41 Thlr. 19 Gr. 6 Pf.
Sammlung in der Volksversammlung vom 21. Juli 1 Thlr. 23 Gr.
7 Pf. Von Herrn Barbier Friede 15 Gr. Von den Berliner Kollegen
durch Herrn Eds 50 Thlr. Von den Arbeitern der Grab'schen Fabrik
3 Thlr. Von hier in Arbeit stehenden Kollegen 12 Thlr. 15 Gr. Vom
Maurer H. Balhorn hier selbst 5 Gr. Vom Maurer H. Hurlmann
10 Gr. Von den Herrn Fiegelbeckern hier selbst 2 Thlr. 22 Gr. 6 Pf.
Von den Kollegen in Bielefeld 1 Thlr. 5 Gr. Von den Kollegen in
Br.-Minden 3 Thlr. Von den Kollegen in Heßlich-Oldendorf 1 Thlr.
19 Gr. 6 Pf. Von der hiesigen Schneidergesellschaft 7 Thlr. 24 Gr.
Von Berlin durch H. Müller 75 Thlr. Sammlung in der Volks-
versammlung vom 29. Juli 2 Thlr. 29 Gr. 9 Pf. Von den Kollegen in
Burgheim durch H. Reß 3 Thlr. Aus Koburg vom Handwerksmacher
H. Peters 1 Thlr. Aus Berlin durch H. Müller 56 Thlr. Breslau Fabrik
von H. Kassele durch H. Kofenthal 1 Thlr. 4 Gr. 6 Pf. Sulingen
durch H. Husmann 2 Thlr. 0 Gr. Breslau Fabrik Deter & Marx
durch H. Lederhauen 3 Thlr. 13 Gr. Berlin durch H. Müller 100 Thlr.
Altonaer Kollegen durch H. Becker 5 Thlr. Braunschweig durch H.
Streif 6 Thlr. Vom Maurer Rüdiger hier selbst 2 Gr. 6 Pf. Von den
hiesigen Tischlergehilfen 2 Thlr. 15 Gr. Hamburg sozialdemokratischer
Arbeiterverein 2 Thlr. 19 Gr. 6 Pf. Hamburg mehrere Kollegen 2 Thlr.
10 Gr. 6 Pf. Summa 449 Thlr. 29. Gr. 10 Pf.

In dem wir für die bisher eingegangenen Unterstützungen bestens danken,
erfuchen wir, uns auch ferner zu unterstützen, denn die Noth ist groß
und der Kampf ist ein harter.

Richard Kahlerberg.
Magdeburg. Die Cigarrenfirma Lindau und Winterfeld
hat folgendes Circular unterm 17. Juli erlassen: „... Hier in
Magdeburg ist der Strike am Freitag, dem 14., und in Halberstadt am
Sonntag, dem 15. d. M. erfolgt. In dieser Zeit dürfte bei der gut
geleiteten und völlig einheitlichen Agitation auch an Ihrem Platze die
Arbeitseinstellung stattgefunden haben, oder wenn dies noch nicht
geschehen, wird sie in nächster Zeit erfolgen. Hier und in Halberstadt
unseres Firmas hat an diesem Platze eine Filiale, h. ben wir Fabrikanten
uns rechtzeitig zusammengesetzt, um einig den sich stets steigern-
den Ansprüchen unserer Arbeiter endlich einmal ernst entgegenzutreten.
An beiden Plätzen haben wir uns sämmtlich gegenseitig verpflichtet,
keinerlei Lohnerhöhungen während der Dauer des Strike
eintreten zu lassen, noch einen von hier und Halberstadt
entlassenen Arbeiter anzunehmen. Ebenso weisen wir die Leute
zurück, die aus Plätzen kommen, wo eine Arbeitseinstellung schon er-
folgt oder in der Organisation begriffen ist, soweit ein unsere Kennt-
nis davon reicht. Die Herren Berliner Agitatoren und die ausgewie-
selten Arbeiter gelangen bei uns ebenso wenig wie in Waldheim und
Danau, wo die Fabrikanten auch völlig gemeinschaftlich handeln, auf
keinen Fall zu ihrem Ziele. (!) Gegenüber dem gemeinschaftlichen
Vorgehen der Arbeiter, ihre Präntationen durch Zwang durchzusetzen,
wird es die höchste Zeit, daß wir Fabrikanten ganz Deutschlands endlich
auch einmal zu einem gemeinsamen Handeln gelangen und geschlossen
der jetzigen Agitation entgegenzutreten. Ein Solches anzubahnen, bewod-
dieses Schreiben, und wir bitten Sie, dasselbe unter den Herren Kon-
sultanten an Ihrem Platze zirkuliren zu lassen, da es von so im In-
teresse für den Einzelnen ist, zu wissen, er steht als Fabrikant nicht

allein, sondern in geschlossener Phalanx der jetzigen Bewegung gegen-
über. — Um die jetzige Agitation, die kein Mittel der Lüge scheut,
um auch den fleißigen und zufriedenen Arbeiter mit aufzuwie-
geln (!) erfolgreich zu bekämpfen und den Strike möglichst abzufer-
nen, thut es vor Allem noth, den Arbeitern gegenüber zu konstatiren,
daß sämmtliche Fabrikanten Deutschlands darin einig sind, daß die
von den sozialistischen Komitès aufgestellte Lohnerhöhung nicht bewilligt
werden kann und der Strike nur zum Nachtheil der Arbeiter enden
wird. Wir bitten, uns daher möglichst umgehend die schriftliche Bestäti-
gung zu geben, daß an Ihrem Platze ebenso einheitlich wie bei uns
die Forderungen der Arbeiter abgelehnt sind und dieselben keine Aus-
sicht haben, damit durchzubringen. Es hat bei den irreführenden Leuten
Nichts bessere Wirkung, als wenn man ihnen schwarz auf weiß beweisen
kann, daß die Nachrichten ihrer Aufwiegler, „an dem und dem Platze
hätten die Arbeiter alle ihre Forderungen durch den Strike durchgesetzt“,
nur aus der Luft gegriffene Lügen sind, womit man sie behört. Durch
unsere Korrespondenzen mit Waldheim und Danau waren wir so im
Stande, die über diese Plätze ausgeprägten Lügen zu widerlegen. Am
Mittwoch den 19. Juli haben wir Fabrikanten hier Versammlung, wo wir die
Listen derjenigen Arbeiter aufstellen und uns gegenseitig bekannt machen
werden, welche notorische und unerbitterliche Aufwiegler (!) sind. Die-
selben erhalten in den hiesigen Fabriken keine Beschäfti-
gung wieder. Wir machen hierzu die Bemerkung, daß es in unserer
Aller-Interesse läge, solch ein Verbrechen die ausgedehnteste Verbreitung
zu geben und würden wir Vorschläge darüber gern (!) entgegennehmen.
Ueber den weiteren Verlauf der Strike und unsere Beschlüsse unterrichten
wir Sie in einigen Tagen und bitten wir auch um Ihren Bericht,
sobald die Arbeit an Ihrem Platze wieder aufgenommen wird. Vor-
läufig ersuchen wir Sie indessen um gefällige schnellmögliche Benach-
richtigung, daß auch Sie an Ihrem Platze einheitlich die Forderungen
der Arbeiter zurückgewiesen haben. — Am Ende der Woche denken wir
die gesammelten Berichte, die wir uns aus allen Theilen Deutschlands
hierdurch erbitten, zusammenstellen zu können und berichten dann
weiter. Wir zeichnen hochachtungsvoll
Lindau und Winterfeld.“

Einige Tage später erließ dieselbe Firma folgendes Circular:
„An unser Rundschreiben vom 17. d. M. anschließend, bringen wir
Ihnen hierdurch die weiteren Beschlüsse zur Kenntniß, welche wir
hiesigen Fabrikanten in unserer heutigen zweiten Versammlung gefaßt
haben. Dieselben dürften Ihr Interesse haben. Das Protokoll der
ersten Fabrikantenversammlung in Halberstadt wird Ihnen im Abdruck
heute von diesem Platze direkt zugehen. Aus beiden Mittheilungen
ersehen Sie, daß die Böhlererei der sozialistischen Agitation uns Fabrik-
anten völlig einig finden, und das Berliner Komitee bei uns nicht
zum Ziele gelangt. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir nicht allein
in unserem Interesse sondern im Interesse des ganzen deutschen Ge-
werbestandes verpflichtet sind, dieser in Danau ausgebrüteten und von
Berlin aus geleiteten Bewegung ernst und einheitlich entgegenzutreten.
Unser Fabrikationszweig, in den letzten 30 Jahren in Deutschland em-
porgeblüht, hat vor Allem für die arbeitenden Klassen den Segen ge-
habt, daß er schwächlichen Leuten, Krüppeln und Frauen einen Ver-
dienst ermöglicht, der nicht allein dem des gefunden und kräftigen Ar-
beiters, der unter der größten körperlichen Anstrengung sein Brod
verdient, gleichkommt, sondern denselben bei einigem Fleiß und Ge-
schicklichkeit sogar noch weit übersteigt. Seit die jetzige Agitation die
in Danau beschlossene Lohnerhöhung durch, die den Cigarrenmacher in
den Stand setzt, mit Leichtigkeit 1 1/2 bis 3 Thlr. die Woche noch zu
seinem schon ansehnlichen Verdienst hinzuzufügen, wäre damit der
sozialistischen Partei ein Hebel in die Hand gegeben, um die übrigen
sämmtlichen Arbeiterklassen mit Hinweis auf die vorerwähnten Ver-
hältnisse noch weiter aufzumöhlen, wie es bisher schon geschehen
ist, und endlose Strike der übrigen Gewerke würden die Folge sein.
Wir bitten Sie angelegentlich, diese Konsequenzen ins Auge zu fassen
und ebenso energisch und einig wie wir der jetzigen Bewegung
entgegenzutreten. Wir bitten auch dieses Schreiben und Beilage unter
den Herren Fabrikanten an Ihrem Platze zirkuliren zu lassen und
begreifen Sie hochachtungsvoll
Lindau u. Winterfeld.“

(Obige zwei Schreiben bestätigen den Erfahrungssatz, daß wir in
der Angst unsere inneren Gedanken ausplaudern. Eine brutale,
grausamere und dabei heuchlerischere Besinnung, als uns in diesen
zwei Rundschreiben entgegentritt, läßt sich in der That nicht denken.
Dafür, daß die Arbeiter den „Segen“ haben, für die Herren Bourgeois
arbeiten resp. die Herrn Bourgeois reich machen zu dürfen, sollen sie
den Herren Bourgeois gehören wie die Hunde, und wenn es ihnen
einfaßt, einmal ihre gedrückte Lage leben zu wollen, dann sind sie
„Aufwiegler“ oder „Aufgewiegelt“, und müssen die letzteren in jeden
Preis in die alte Sklaverei zurückgeführt, die letzteren zum Hungert-
ode verdammt werden. Denn was heißt es anders: sie auf die
Prostitutionslisten des Kapitals zu setzen? Fürwahr, da ist
der elendste Polizeistaat noch tausendmal humaner, als dieses „liberale“
Fabrikantenthum! R. d. M.)

Berlin. Am 2. d. M. sind die hiesigen Tabak- und Cigar-
ren-Fabrikanten zusammengetreten, um vereint eine weitere
Erhöhung des Lohnes zu verhandeln. Es haben 70 Fabrikanten eine
Erklärung unterschrieben, laut welcher sie sich bei einer Konvention
von 100 Thalern verpflichten, jeden Fall einer erhöhten Lohn-
forderung einem gewählten Komitee zur Anzeige zu bringen und
darauf in einer Versammlung entscheiden zu lassen, ob der Fall als
Verlust eines Cigarrenarbeiterstrikes anzusehen ist. Wird letzteres be-
jaht, so müssen sämmtliche Fabrikanten schließen.
In Offenbach soll (nach den uns vorliegenden gegnerischen Berich-
ten) der Cigarrenarbeiterstrike theilweise mäßigungen sein und
ein Strike der Portefeulsenarbeiter (sie verlangen 10tündige Ar-
beitszeit, 25 Prozent Lohnerhöhung) in Aussicht stehen. In Stettin
haben die Maurer die Arbeit eingestellt.

Warnung für die Berliner Maurer.

Aus Düsseldorf wird uns mitgetheilt, dortige Bau-
meister wollten 1000 strikende Maurer aus Berlin nach Düs-
seldorf hinführen, um den Lohn der daselbst befindlichen Mau-
rer herabzudrücken.

Berlin. In der am Sonntag stattgehabten Generalversammlung
der Maurer wurde beschlossen, den Strike mit allen Kräften
weiter fortzusetzen, da die Angelegenheit sich mehrt, daß die Meister
zum Nachgeben geneigt seien und die Situationskritik von drei Wochen
für die größeren königlichen und städtischen Bauten abgelaufen sei, so
daß die Meister unter allen Umständen die Arbeiten wieder beginnen
würden. Nach einer in der Versammlung abgegebenen Erklärung be-
finden sich unter den 280 Namen von Maurermeistern u. c., welche nach
der öffentlichen Bekanntmachung in keinem Falle nachgeben wollen,
167 solche, die überhaupt gar keinen Gesellen beschäftigen.
Am Schluß der Versammlung wurde die Mittheilung mit großem
Aubel begrüßt, daß der Strike-Verein der Tischler den Maurern
500 Thaler, die sofort zu erheben sind, bewilligt habe.
In der Norddeutschen Wagenfabrik hier selbst haben die Ar-
beiter den Strike erklärt, weil die Direktion den Vorstehenden des
Maschinenbauer-Sirifelassenvereins sächlich entlassen hatte.

Gotha. Eine gewisse hiesige Ordnungspartei, welche nach Ver-
öffentlichung des „Braunschweiger Manifestes“ alles Mögliche aufbot,
die hiesigen Sozialdemokraten zu unliebamen Samen zu proagiren,
trug aller Bemühungen damals aber nur Gelegenheiten finden konnte,
einen gedrehten Cigarrenarbeiter derartig zu malträtiren, daß er,
seit jener Zeit fort und fort krankend, unlängst den Folgen erlegen
ist, rekrutirt sich nun zu einem Krieger-Verein.

Polizei-Kommissar Roschmann und dessen rechte Hand hierbei,
der Buchhändler Otto, baten die Bürgerschaft, die bereits verweilten
Guislanden, Fahnen und Ehrenspitzen (vom Truppenregiment her) noch
ein Weilschen stehen zu lassen, um des Blutes wegen von Wörth bei
Mühl und Lang noch feierlich zu gedenken, und um zugleich bei dieser
Gelegenheit ihre neue Fahne möglichst schnell weihen zu können.

Haben die Noth des Proletariats, der Nummer der armen Wei-
der, deren Männer in der Kaserne arbeiten müssen, die vor der leeren
Unterstützungskasse des Senators Böll abgewiesen werden, — sucht man
auf der andern Seite durch Kerzenflimmer das Glend den Massen ver-
gessen zu machen.

Barmen, 7. Juli. Die Forderungen der Arbeiter in
Vertriff der kürzeren Arbeitszeit sind bis heute in drei Ban-
fabriken und einer Webfabrik, zusammen mit ca. 250
Arbeitsern, bewilligt.

Ein kassendefizitärer Leipziger Expeditoren, welcher einen nicht geringen Theil der deutschen Presse unsicher macht, verbreitet augenblicklich wieder allerhand Lügen über den Prozeß der Leipziger Sozialdemokraten. Aus Anlaß dieser Lügenkorrespondenzen erhielt die „Volkzeitung“ von der Redaktion des „Volksstaat“ folgende Berichtigung unterm 8. August:

Ihre heutige, der Magdeburger Zeitung entlehnte Leipziger Korrespondenz, betreffend Hochverratsprozeß von Liebknecht und Genossen, leider, wie fast alle Leipziger Korrespondenzen der Magdeburger Zeitung, am Defizit von Wahrheit. Besagte Korrespondenz hat offenbar die Tendenz, durch die Worte, der Prozeß sei vertagt worden, weil der Beschuldigte erklärt habe, „sich bis nächsten Monat nicht zur Genüge in dem massenhaften Material informieren zu können“, im Publikum die Meinung zu erzeugen, es handle sich um einen Prozeß, von dessen Ausgange, weitverbreitetem Belästigungsmaterial man sich gar keine Vorstellung machen könne. — In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Der Antrag der Staatsanwaltschaft muß nach säch. Recht erst von der „Anlagekammer“ gebilligt werden, ehe er vors. Schwurgericht gelangt. Die Anlagekammer bildet somit eine Art erster Instanz; es kann auch gegen ihren Entscheid die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt werden. In voriger Woche sollte nun die Sitzung der Anlagekammer, in welcher über den Staatsanwaltschaftlichen Antrag („Anlage wegen Vorbereitung zum Hochverrat“) beschloffen werden sollte, stattfinden; sie mußte aber ausfallen, weil der Verteidiger der Angeklagten, welcher das Recht hat, in der Sitzung zu erscheinen und, gleich dem Staatsanwalt, das Wort zu nehmen, verreist war. Inzwischen ist nun auch der Referent der Anlagekammer auf mehrere Wochen verreist, eine Sitzung der Anlagekammer vor Ende August also nicht möglich. Da nun die Schwurgerichtssitzung Anfang September beginnt und die eventuelle Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Beschluß der Anlagekammer auch einige Wochen abjährt, daher kommt es, daß der Prozeß vor die September-Aktion nicht mehr gebracht werden kann. Zu sagen, der Verteidiger der Angeklagten könne sich in einem Monate „nicht genügend informieren“, ist um so lächerlicher, als der in Rede stehende Advokat, Herr Freitag, von jeder über die sozial-demokratische Bewegung vollständig am fait gewesen ist. Adols Depner.*

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig. In der Versammlung vom 22. Juli a. c. wurde zum Bevollmächtigten Oswald Stelzer wieder gewählt, ebenso wurde derselbe zum Bevollmächtigten der Krankenkasse gewählt. Zum Kassier der Gewerkschaft wurde Winter wieder gewählt. Zum Kassier der Krankenkasse, nachdem Dietrich definitiv abgelehnt hatte, wurde Rose mann gewählt.

Der neu gewählte Ausschuß besteht aus: Zehsche, Leishte, Köppler, Botner und Schrader. Bruno Schrader, Schriftführer.

Hamburg. In Nr. 60 d. Bl. versucht Herr Färber das „Prinzipiellste“ und „Anzweckmäßigste“ von Produktiv-Assoziationen ohne Staatshilfe, und von Gewerkschaften mit Krankenkassen u. nachzuweisen, und kommt schließlich zu dem Resultat, daß nur durch die politische Agitation ein dauernder Erfolg zu erzielen sei, und daß die Gewerkschaften, wie sie jetzt organisiert sind, eigentlich ein Hinderniß für die Partei seien.

Zum besseren Verständnis und zur richtigen Beurtheilung der Stuttgarter Resolution, die nach meinem Dafürhalten, wie jede beliebige andere Resolution, durchaus nicht als Unheilbarkeits-Dogma angesehen werden kann, noch darauf berechnet ist, bei Leibes- und Lebensfrage als Bundesgesetz zu figurieren, sondern zunächst und hauptsächlich dem damals mehr als nöthig grassirenden Strifeisler einen Dämpfer aufsetzen sollte, muß nothwendig darauf aufmerksam gemacht werden, daß ausdrücklich in der Motivirung gesagt war, daß der nicht beigelegte Ausdruck „Staatshilfe“ eigentlich nach dem vorausgegangenem Referat für uns etwas Selbstverständliches sei.

Hätte ich im Entferntesten ahnen können, daß der Wortlaut der Resolution noch nach Jahr und Tag das prinzipielle Beweisen eines oder des anderen Parteigenossen in so gewaltige Aufregung verlegen würde, — mit zwei Worten „Agitation, Staatshilfe“ hätte ich alles Unheil abgemeldet. Die Resolution würde dann gelautet haben: „Der Kongreß erklärt für Hauptaufgabe der Gewerkschaften: die Agitation zur Förderung und Bildung von Produktivgenossenschaften mittelst Staats-hilfe u. s. w.“

Uebrigens hätte der ganze Streit nur dann irgendwelche Bedeutung, wenn in der Resolution ausgesprochen wäre, daß wir nur oder auch nur überhaupt auf diesem Wege eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse für möglich hielten. Dann würde auch das Citat aus Marx „18. Brumaire“ Anwendung finden können.

Weder ich, noch Herr M. sind dieser Meinung, noch daß es für uns erst der ausführlichen Berechnung des Herrn Färber bedürft hätte, uns zu belehren, was nicht durch Produktiv-Assoziationen der Selbsthilfe erreicht werden kann.

Allen ich bin nun auch nicht ein so eingestrichelter Doktrinär der Staatshilfe, um blind und taub zu sein gegen die, wenn auch untergeordnete Bedeutung der Selbsthilfe, besonders in agitatorischer Beziehung. Ja, ich bin sogar ein solcher Reiter, daß ich es für einen ungeheuren Nachtheil halte, daß nicht wir alle Institutionen der Selbsthilfe in unsere Hände haben.

Herr M. mag Unrecht haben, aus dem Kongreßbeschlusse folgen zu wollen, daß die Partei nun auch verpflichtet sei, Produktiv-Assoziationen zu gründen. Dies ist nach meinem Dafürhalten Sache der Gewerkschaften, und zwar nicht von Gewerkschaften, die erst im kümmerlichen Anfangsstadium begriffen sind.

Ob aber die Gewerkschaften, sei es nachdem die Zahl der Mitglieder oder die denselben zur Verfügung stehenden Mittel sie dazu befähigen, Produktiv-Assoziationen gründen, oder Arbeitseinstellungen regeln, oder aber ihre Macht und ihren Einfluß auf politischem Gebiete in die Waagschale werfen, wird von sehr verschiedenen Umständen abhängen und ich meine, daß es thöricht ist, allgemein behaupten zu wollen, daß die Gewerkschaften, weil sie heute nun gerade einmal dies, und nicht das thun, ein Hinderniß für die Partei seien.

Das Alexanderrecht ist nun wohl, zu verlangen, daß die Krankenkassen als „unnötiger Ballast“ deshalb über Bord geworfen werden sollen, weil die Krankenkassen und Fabrikassen noch bestehen. Bis jetzt sind eben noch die Krankenkassen (Alters- und Invaliden-Versicherungskassen) werden die Arbeiter überhaupt nicht gründen, weil sie nicht genug verdienen, um die Beiträge bezahlen zu können) das einzige und beste Mittel, den festen Zusammenhalt an einem Orte zu sichern.

Wohl weiß ich, daß ein beträchtlicher Theil der Mitglieder zunächst nur der Krankenkasse wegen beitreten, aber was thut das? Ein Anderer tritt bei, um Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu erhalten, ein dritter aus einem andern Grunde; aber so lange wir nicht bewiesen werden kann, daß alle die Leute, die, und wäre es auch aus einem noch so egoistischen Grunde, den Gewerkschaften beitreten, der Partei beitreten würden, wenn die Gewerkschaften nicht existierten, sind mir die Gewerkschaften, selbst wenn deren Organisation heute auch noch manches zu wünschen läßt, doch lieber als keine. Der Grund ist sehr einfach.

Mag auch der geradeste Weg am schnellsten nach Rom führen — wenn er nemlich frei ist: um sicher zu gehen, muß man mitunter auch Umwege machen. Th. Ford.

Rürnberg. Es war im Jahre 1 des deutschen Reichs, am 21. Juli, als Dr. Max Hirsch auf Nürnberg's Volks-Tribüne einen Vortrag hielt über die Zweckmäßigkeit der zu gründenden Gewerkschaften, und es begab sich allda, daß dieses Fortschrittlich die sozialen Zustände der heutigen Welt denen zur Zeit Rom's gleichstellte. (H) ja sogar den damaligen Zustand der Sozialisten unter Gracchus als begründet darstellte (somit stillschweigend die Pariser Kommune anerkannte). Aber siehe da, nach wenigen Minuten schon, als bereits ein durch Enttäuschung hervorgerufenes Gefühlsreiben sich bei den Genossenschaftlichen des Podiums eingestellt, suchte er mühsam die Brücke zu bauen zu den Verläumdungen über die Internationale, um deren Wucht und Bedeutung durch seine Verdrehungen und offensbaren Lügen in Schanden zu stellen: wenigstens bei seinen Gläubigen. Der Lohn hierfür blieb nicht aus und äußerte sich in bekannten Bravo's, aber, sei es, daß er davon beraubt oder unbefriedigt war, sofort fiel er wieder in die fändhafte Act des Vortrags, indem er der Bourgeoisie

vorhielt, sie hätte Wenig resp. noch Nichts gethan für die Fortbildung der Arbeiter, und sie solle künftig die Bildungsbestrebungen besser unterstützen, wenn sie nicht die bittere Erfahrung machen wolle, wie Paris. — Nach diesem, für seine Freunde recht schmeichelfhaften Compliment, segelte er direkt auf sein Ziel los, indem er mit vollen Baden seine Gemer-Bereine anpries und die Resultate derselben, nämlich der englischen, in Ermangelung deutscher, vordeclamirte. Einmal im Anpreisung begriffen, geschah dies auch bezüglich der Thaten der Fortschrittspartei, die sich in der Verwerfung eines — Kaffeegolles konsentierten. Nun kam er auf die noble Lebensweise des Hrn. v. Schöweyer, dessen Freundschaft mit Junker-Ultramantänen zu sprechen, hier eine verdeckte Denunziation gegen die sozialdemokratischen Arbeitervereine, als könne man sie für reactionäre Zwecke benutzen, und verließ sich zu der insamen Lüge, es hätte die Internationale die Königshüter Revolte angestiftet, und that schließlich den großen Spruch: „Eine solche Sorte von Menschen, die nach vollbrachtem Raub noch Paris in Band steckte, um sich geschwind einen Heiligenschein anzuzünden, ist nicht berufen, zu sozialen Reformen.“

Dieses die Hauptpunkte jenes Vortrags, der uns circa 20 neue Parteigenossen zuführte, jener Partei vielleicht mehr verschänkte, mindestens aber keine brachte und die Hoffnung auf Gimpelsang gründlich verwässerte. — Geschicht ihnen auch recht. Warum nehmen sie den Unglücks-Freitag! — Erhebend war das Gesändniß eines Fortschrittlers H. Stark, weiland 48er Militz-Offizier, jetzt Ritter des eisernen Kreuzes, welcher den Spruch that: Wir sind nach diesem Gewäsche um kein Haar klüger als vorher!

Als endlich dem Hrn. Hirsch die Sprachwerkzeuge versagten, konnte Liebert hinweisen auf die jetzige Art, mit welcher Hirsch die zufällige Sympathie Keitler's für die Prinzipien Lassalle's betonte, und auch (natürlich unter Tumultvorzeichen der Fortschrittler) nachweisen, daß wir weder mit politischen, noch religiösen Feinden Gemeinschaft machen. Als Baumann das Wort ergriff, spricht er auch über die Ungleichheit, welche sich darin äußert, daß wir bereits mit 21 Jahr die politischen Pflichten, die Wählerzeit erlangen, und ermet von der gebildeten Masse Hohn, — ein schlagender Beweis wie die Sklavennatur Jenen eigen, die den verhöhnern, der Herz und Muth besitzt, traurige Zustände zu beschreiben. Als er über die Pariser Kommune sprach, verfiel die fortschrittliche Clique, den Redner durch recht hubenhaften Standal zu unterbrechen, allein unsere stramme Haltung in einer Zahl von circa 200 ließ ihnen nur die Wahl, den Saal im unwilligen Schnellschritt zu verlassen, oder unsere Leute ruhig anzuhören, wie wir während Hirsch's Rede gehan.

Nachdem Baumann ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen und wir gingen bereichert nach unserm Lokale. Für die Fortschrittspartei aber war: Die Moral von der Geschichte; Beschreibt den Dr. Hirsch euch nicht!

Nürnberg. Den armen Fortschrittlern ist theilweise groß Leid und Unrecht widerfahren. Um sich die Arbeiterstimmen zu sichern, gründeten sie 1865 einen Arbeiterverein, der sich gar bald unter ihren Auspizien ein Haus für 31,000 fl. zulegen mußte, aber schon 1869 aufhörte, zu zinsen und Abschlagszahlungen zu leisten. Der Verkäufer, Gasthofbesitzer Biesel, hat sich nun auf Zureden seines Advokaten Zeidler W wohlthätige Bourgeois herausgefunden, die vor 6 Jahren Mitglieder pro forma waren, und sie jetzt zur Erstattung nichtbezahlter 12,000 fl. verlagte. In seiner Anklageschrift belustigt sich Herr Zeidler damit, den rein fortschrittlichen Verein aus dem bald die freien Elemente ausgeschieden, als einen „mit sozialdemokratischem Geistesgeist“ zu bezeichnen. Darum groß Geschrei in Israel! — Einen würdigen Lohn erhielt der Exdrangsalirer der politischen und sozialen Demokraten in München, Polizeidirektor v. Buchdorff, der nicht einmal der „Süddeutschen Post“ den Strafverlauf gestattete: nämlich den preussischen Kronorden. Herr v. Stromer, unser erster Bürgermeister, wartet noch immer darauf. Indeß will er den geduldbigen Nürnbergern ein feineres Lichtlein aufsteden, indem er sammt Kollegen das seit 25 Jahren privat betriebene Gaswerk in städtischen Betrieb vom September an übernimmt. Das Material allein wird den großen Schuldenmachern 641,000 fl. kosten, welche Summe sie natürlich aus dem Bürgerfiscel bezahlen. Auch in den bairischen Städten herrscht eine hübsch napoleonische Gabelschleuderei, so daß „Gemeindeumlage auf die Staatssteuern bald nicht mehr reichen werden.“

Vor Paris liegen noch an 400 bairische Reservisten, welche ein gesetzliches Recht zur Entlassung haben, aber gegen ihren Willen und trotz ihres Protestes mit kaiserlicher Freiheit zurückgehalten werden. Unsere Bourgeoispresse schmeißt meistens über die schauerhafte Verpflegung der Landesangehörigen im Felde. Tabel paßt ja nicht ins norddeutsche Reichthum! Aus Greteil schreibt Einer vom 15. Juli, daß sie das von der Verpflegungsabtheilung gestieferte Brod als ungenießbar meist wegwerfen müßten und neulich gar zur Hälfte gestohlenen Zwieback für Brod hätten nehmen müssen, dazu ranzigen Speck und stinkiges Pöfeltsch. Wein und Cigarren seien aus der Mode. Die fünf Milliarden, das sollten die dummen Teufel bedenken, reichen gerade bloss für die Offiziere. Als werdet klüger!

Gotha, 2. August. Gestern zog die Kaserne des 95. Regiments unter großem Jubel der Bevölkerung hier ein; die Stadt war festlich geschmückt, in der Nähe des Gerichtsgebäudes war ein Triumphbogen errichtet, unter welchem die siegreichen Truppen durchziehen mußten. Ein sehr schönes Friedensfest. In derselben Stunde mußten unsere Parteigenossen Bod, Augustin und Sauerberg durch dieselbe Ehrenpforte — ins Gefängniß wandern, um für unsere Sache zu dulden. Das Gerichtsgebäude selbst war geschmückt und Abends illuminiert; ob zu Ehre unserer Parteigenossen oder der einziehenden siegreichen Truppen war mindestens zweifelhaft; denn wenn der Einzelmörder aufs Blutgerüst geschleppt wird, so kann doch ein Gerichtsgebäude nicht geschmückt werden zu Ehren von —

Crimmitschau. Ein gewisser Buchner von hier hat folgende Erklärung erlassen, welche die Runde durch die gesammte „liberale“ Presse macht: „Nachdem ich seit dem Jahre 1866 den sozialistischen Bestrebungen der sogenannten Volkspartei zugestimmt und für dieselbe agitiert habe, erkläre ich hiermit, daß ich mich von heute an von dieser Partei gänzlich löse, indem ich gefunden, daß die Bestrebungen derselben sowohl gegen das Bestehen einer geregelten Regierungsform, sei sie monarchisch oder republikanisch, als auch gegen das Bestehe: des Familienlebens gerichtet sind. Indem ich alle Arbeiter, welche ihre Familien lieb haben, warne, sich dieser Partei anzuschließen, oder noch länger zu derselben zu halten, bin ich erbötig, über die inneren Verhältnisse dieser sogenannten Volkspartei Aufschluß zu geben, ertheile ihnen aber vorläufig den Rath, die wöchentlichen Beiträge zu besseren Zwecken zu verwenden.“

Der Volkverein erklärt nun, daß dieser Buchner, welcher im Ganzen 1 Sgr. Vereinsbeitrag bislang gezahlt hat, ein von gewisser Seite bestellter Agent provocateur ist, welchem außerdem verschiedene Pönpersuche bei den Vereinsmitgliedern mißlungen sind. — Die Leipziger Blätter haben zwar von dieser Gegenerklärung Notiz genommen, sehr viele Zeitungen aber, darunter die Berliner „Volkzeitung“, nicht. (Legtere in dieser Gesellschaft zu finden, wird Nürnberg wohl überraschen. Doch mit Unrecht. Heut' gestimmungstüchtige Leitartikel gegen den „Zeugen Henke“ vom Stapel lassen, und morgen einen Dump protegieren, der den „Zeuge Henke“ gegen die Sozialdemokratie spielen will — das ist volkzeitungliche Moral und Konsequenz.)

Aus Schwaben. Stuttgart, den 1. August 1871. Endlich kommen auch wir Württemberg mit erfreulichen Nachrichten. Seit einem Jahre war die Bewegung in unserem Ländchen beinahe im Sande verlaufen und mit Ausnahme der kleinen, aber rührigen Reizinger Mitgliedschaft bemäntelten die Parteigenossen ihre Unthätigkeit mit den Kriegsverhältnissen, die allerdings unserer Sache hier nicht günstig waren, keinesfalls jedoch das Verhalten der Arbeiter rechtfertigten. — Nun ist's besser geworden, überall im Lande regt sich's und in nächster Zeit wird Württemberg wieder seine Pflichten erfüllen können. In den letzten Tagen haben wir zwar einen schweren Schlag erlitten,

*) Hat vielleicht einer unserer in der Versammlung anwesenden Parteigenossen Herrn Hirsch entgegengesehen, daß er selber in seinem „Gewerkverein“ geschrieben hat, in Königshütte gebe es noch gar keine Gewerkschaften, und darum seien die dortigen Arbeiter den Behörden der Katholiken anheimgegeben? D. Red.

den wir jedoch auch zu verschmerzen hoffen. Unser Parteigenosse Heinrich Scheu, der sich seit dem letzten Frühling hier befindet und unserer Vereine auf die Beine half, ist — wie bereits berichtet — von der Behörde am letzten Freitag ausgewiesen worden. Er hat sich längstens bis 11 August aus Württemberg zu entfernen.

Die württembergischen Arbeiter-Vereine waren zwar auf der vorjährigen Landesversammlung dem Eisenacher Programm beigetreten, ohne sich jedoch, wie es scheint, über die Pflichten, welches dasselbe den Mitgliedern auferlegt, klar zu werden, und während des Krieges wurde auch das Prinzip mißachtet oder sogar verlegt. Der Göttinger Verein u. s. hat während der Wahl zum deutschen Parlaement gar kein Lebenszeichen von sich gegeben, und die Wahl eines Nationalliberalen in der Arbeiterstadt Göttingen ist somit vollkommen begreiflich. Der Verein ist in Folge seiner elenden Haltung — nicht wie unsere Gegner so gerne behaupten, durch Annahme des Eisenacher Programms — ganz herabgekommen und wird es einige Zeit dauern, bis er sich wieder vollkommen erholt haben wird. Der Weg dazu ist angebahnt. Den Bemühungen der Bürger Scheu, Schwarzinger und Mai ist es im Verlaufe von zwei Versammlungen gelungen, die Mitgliedschaft zur neuerlichen Zustimmung zum Eisenacher Programm und sogar zur Aenderung des Namens des Vereines zu bewegen. Son nun an lautet derselbe: „Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.“

Besprochenen Donnerstag und Freitag fand hier eine vom „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ einberufene, ziemlich gutbesuchte Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung der Streite der deutschen Cigarrenarbeiter und eine Diskussion über die Prinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines stand. Die Versammlung, in welcher unser Parteigenosse Cigarrenarbeiter Pfeiffer den Vorsitz führte, nahm für uns einen sehr günstigen Verlauf. Es wurde neben einer Resolution, welche die Forderungen des Hanauer Cigarrenarbeiterkongresses und den Streite der Stuttgarter Cigarrenarbeiter gutheißt, beschloffen: „Die Volksversammlung u. s. w. hält die Lösung der sozialen Frage nur möglich in der freien Volksstaat, durch die Gründung von Produktiv-Assoziationen.“ Bürger Richter-Wandbeck, der als Gast anwesend war und unter großer Aufmerksamkeit der zahlreich versammelten Cigarrenarbeiter über deren Arbeitseinstellung im Raingau und in Waldberg berichtet, verbreitete sich über die soziale Frage und hob in anerkenntlicher Weise die Nothwendigkeit des Zusammengehens aller sozialdemokratischen Parteien in Deutschland hervor. Die Rede fand ungetheilten Beifall mit Ausnahme jener Stellen, in denen das allgemeine Wahlrecht als das vollkommen ausreichende Mittel zur Lösung der sozialen Frage hinstellte. Der Widerspruch, der sich bei diesen Stellen erhob, wurde in längerer, oft von Beifall unterbrochener Rede durch Bürger Scheu begründet, welcher, nachdem er die soziale Frage erschöpfend behandelt hatte, in großen Zügen das Eisenacher Programm skizzirte und vor Allem nachwies, daß das Allgemeine Wahlrecht, ohne andere freiheitliche Institutionen, nicht nur für uns erfolglos sei, sondern sogar unter Umständen — wie in Frankreich und Deutschland — ein Mittel in der Hand der Despotismus werde. — Die Versammlung wurde hierauf der vorgelesenen Zeit wegen auf den Freitag verlagert. Scheu konnte wegen seiner mittelwöchlichen und in Folge der Versammlung eingetretenen Ausweisung an der Fortsetzung nicht teilnehmen, und trat an seiner Stelle Bürger Schwarzinger energisch für unsere Sache ein. Wir haben durch die Versammlung viele Mitglieder gewonnen.

Auch in Reutlingen haben wir einen Erfolg errungen. Vorigen wurde daselbst unter dem Vorhange unseres Parteigenossen Krebs eine Volksversammlung abgehalten, durch welche der letzte Widerstand gegen ein entschiedenes sozialdemokratisches Vorgehen im dortigen Bildungs-Verein gebrochen wurde. Reutlingen wird dem Beispiele Göttingen's folgen und es stehen, mit Ausnahme von Göppingen, nur nun zunächst mit der Agitation begonnen wird, alle bedeutendsten Arbeiterstädte Württemberg's wieder in der Bewegung. Staatsminister Baraballer wird wohl oder übel dem Beispiele Hohenwarths folgen und von der Kammer einen außerordentlichen Kredit zur Veranschlagung und Verfolgung der internationalen Wähler verlangen müssen.

Wir werden durch die Verfolgung stark werden. Viel wollen wir zwar vorderhand nicht versprechen, aber der Parteikassierer soll an den aus Schwaben einlaufenden Parteireisern sehen, daß es uns ernst ist und wir uns wieder als ein lebendiges, wenn auch untergeordnetes Glied der Partei fühlen.

Stuttgart, den 2. August. Wir haben uns nicht getäuscht. Die Ausweisung Scheu's war nur die Einleitung einer allgemeinen Verfolgung der Partei. Heute wurde unserem Vereinskassierer Meier von der Polizei das Rejessbuch abverlangt. Nächstens darüber mehr.

Briefkasten

der Redaktion. J. B. Götting: Durch den Aufruf des Ausschusses ist wohl der Jhrige erledigt. — L. in R.: Sie wundern sich über den Titel des „Neuen Sozialdemokrat“ und wünschen Aufklärung darüber, warum er sich nennt „Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines, des Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes und des Allgemeinen Deutschen Maurervereines“? Zwar ist, wie Sie ganz richtig vermuteten, der Maurerverein nur ein Theil des vorgenannten „Arbeiter-Unterstützungsverbandes“, also in diesem Namen bereits mit einbezogen. Aber eben dar n ist das Räthsel so leicht zu lösen, zumal wenn Sie in Betracht ziehen, daß der Maurerverein kurz nach dem Wiedererschienen des „Sozialdemokrat“ ausbrach. — Halberstadt: Bezieht sich von selbst, daß Strife-Berichte und Annoncen unentgeltlich ins Blatt kommen.

der Expedition: A. Breslau: Warum senden Sie nicht per Kreuzband? Köstet uns 5 Gr. Porto. Julian Schmidt: von Lassalle ist nicht zu haben. K. Best: 12 fl. für Abonnement erh. W. Portzheim: 3 Thlr. 21 Gr. 4 Pf. erh. besten Dank. Sch. Hamburg: 2 Thlr. erh. Das Bestellte muß erst wieder gedruckt werden. D. W. Berlin: Sande 2 Thlr. 24 Gr. an Sie ab. L. Hamburg: Bitte die Notiz über Nachnahme u. in vor. Rd. zu beachten. J. Speyer: 7 Gr. 6. Darmen: 8 Pf. erh. Volkverein Froburg: 1 Thlr. für Parteizwecke erh. G. Hamburg: 2 Thlr. erh., kann nur Normalard. schicken, da das Andere noch nicht fertig. D. Breslau: 3 Thlr. erh.

Dr. G. Genf: 3 Thlr. 14 Gr. erh. Alles längst da, nur B. fehlt, welchen ich trotz steterm Begehren nicht erlangen konnte. Bitte noch 8 Tage Geduld.

C. S. Leipzig. Allen Anzeigen zur Nachricht, daß „Julian der Literarhistoriker“ noch nicht neu aufgelegt, antiquarisch aber auch nicht zu erlangen ist. „Was nun?“ noch nicht fertig. Anzeige erfolgt beim Wiedereerschienen. Seifert.

Für Gajfel.

Generalversammlung der Mitglieder der „Lokalen Krankenkasse der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ auf Sonntag, den 12. August d. J., 8 Uhr Abends, im Lokale des Herrn Wasmuth, oberer Pferdemarkt. Tagesordnung: 1) Friedigung verschiedener Anträge. 2) Verschiedenes aus dem Geschäftswesen der Krankenkasse. H. Walz.

Für Breslau.

Sozial-demokratische Arbeiter-Partei. Montag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im „Gambinus“, Messergasse 24. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Religionen; Vortrag von J. Scheil. — Die Parteigenossen werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Gäste sind gern gesehen. H. Deyme.

Für Frankenberg.

Einladung zum Arbeiterbrüderungsfest, Sonntag, den 20. August, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Benedix zu Frankenberg. Das Fest besteht aus Konzert, declamatorischen Vorträgen unter Mitwirkung tüchtiger Kräfte und einem darauf folgenden Ball. Für das Konzert Entrée 2 Ngr., Ballabzeichen 5 Ngr. Alle Arbeitervereine und Gesinnungsgenossen der Nachbarstädte werden freundlichst um zahlreiche Theilnahme gebeten. Das Festkomitee d. sozial-demokratischen Arbeitervereines z. Frankenberg. (31)

Leipzig: Berantw. Redakteur A. Depner (Redaktion: Petersstr. 18.) Druck u. Verlag: J. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18.)